

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 10 · 27. Dezember 2022

Aktuelle Stunden

Der Lehrkräftemangel hat den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Anlass waren neue Zahlen des Schulministeriums. Ein weiteres Thema: der Zustand des Waldes. S. 3/9

Haushalt

Der Landtag hat den Weg freigemacht für den Haushalt 2023 und ein Sondervermögen. Den Verabschiedungen ging eine kontroverse Debatte zwischen Koalition und Opposition voraus. S. 4-5

Schwerpunkt

Welche psychosozialen Folgen hat die Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen? Zu dieser Frage haben sich Sachverständige geäußert. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion. S. 11-13

Pressefoto

Bereits zum fünften Mal hat der Präsident des Landtags, André Kuper, das „NRW-Pressefoto“ ausgezeichnet. Das Siegerbild 2022 zeigt einen Demonstranten im Braunkohletagebau Garzweiler. S. 20-21

RÜCKBLICK



2022

INHALT



Foto: Schälte

Corona und die Psyche junger Menschen

Sachverständige äußern sich in Anhörung S. 11

Plenum

Lehrkräfte dringend gesucht S. 3

Landtag stellt finanzpolitische Weichen für 2023 S. 4

Meldungen S. 6

Ringens um den

Nachtragshaushalt S. 8

Sorge um den Wald S. 9

Forum

Serie: Die Arbeit des

Ältestenrats S. 10

Jahresrückblick S. 14

Aus den Fraktionen S. 18

Forum

NRW-Pressefoto 2022 S. 20

Landtag zeichnet

Ehrenamt aus S. 22

Porträt

Vizepräsident

Christof Rasche (FDP) S. 23

Kurz notiert S. 24

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Katharina Bons (Grüne), Tobias Havers (FDP), Christian Schäler (AfD).

Redaktionsschluss: Mittwoch, 21. Dezember 2022, 13 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlwerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Kamps magnetischer Stundenplan

Klasse	1a	1c	2a	2c	3a	4a	4c	5a	5c	6a	6c	7a	7c	8a	8c
1	ER														
2				SP											
3															
4															
5															
6															
7															
8															

PLENUM

Lehrkräfte dringend gesucht

9. Dezember 2022 – An den nordrhein-westfälischen Schulen fehlen nach Angaben der Landesregierung derzeit Lehrkräfte im Umfang von rund 8.000 Stellen. Über die neueste Erhebung des Schulministeriums diskutierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion.

Der Lehrkräftemangel sei noch größer als bislang angenommen, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion (18/1948). Und weiter: „Dies ist die Quittung für ein halbes Jahr Untätigkeit der Landesregierung, die in dieser Zeit zwar neue Stellen geschaffen hat, diese aber offensichtlich nicht besetzen konnte.“ Leidtragende seien die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen.

Jochen Ott (SPD) beschrieb Bildung als „die Mutter aller Lösungen“ für die Herausforderungen der Zukunft wie den Klimaumbau, eine digitale Welt oder selbstbestimmtes Leben. Deshalb gelte es, die „Bildungskatastrophe“ heute zu stoppen. Ott sprach von einem Burn-out im System, dies betreffe sowohl Lehrkräfte als auch Schülerinnen und Schüler. Er zitierte Studien, nach denen 20 Prozent der Jugendlichen mit 15 Jahren nicht ausbildungsfähig seien, zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen Schule mit Stress verbänden. Die „Peu-à-peu-Strategie“ der Landesregierung sei „viel zu wenig“. Notwendig sei eine „Schulrevolution“.

Der Lehrkräftemangel sei eine gewaltige Herausforderung in NRW, aber auch bundesweit, erklärte **Claudia Schlottmann** (CDU). Sie zählte bereits erfolgte Gegenmaßnahmen auf, u. a. den Seiteneinstieg ins Lehramt und mehr Studienplätze. Auch habe NRW in diesem Jahr mehr als 7.940 zusätzliche Lehrkräfte und sonstiges Personal eingestellt. Zudem enthielten der Nachtragshaushalt 2022 und der Haus-

halt 2023 Geld für Tausende neue Lehrkräfte. Allerdings lasse sich das Problem nicht kurzfristig lösen: Die Lehrerbildung dauere sieben Jahre. Schlottmann betonte das „glasklare Ziel“, Lehrkräfte zu gewinnen und guten Unterricht zu gewährleisten.

„Nordrhein-Westfalen hat noch keine Bildungskatastrophe“, sagte **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Das Bildungssystem leide aber seit Jahrzehnten Not. Die FDP habe daher ein Konzept für eine „Lehrkräfteoffensive“ mit vier Handlungsfeldern eingebracht. Erstens müssten mehr Lehrkräfte für den Schuldienst gewonnen und 20.000 Stellen geschaffen werden. Zweitens müssten mehr Lehrkräfte ausgebildet und – drittens – Möglichkeiten des Seiteneinstiegs erleichtert werden. Viertens seien Schulleitungen zu stärken. Sie müssten personell und technisch so ausgestattet werden, dass sie den Personaleinsatz selbst planen und umsetzen könnten.

Handlungskonzept

Der Lehrkräftemangel in Nordrhein-Westfalen sei seit Jahren „eklatant“, sagte **Lena Zingsheim-Zobel** (Grüne). Sie forderte gegenseitig dafür die Schuld zuzuweisen, bringe niemanden weiter. Klar sei wiederum, dass Zehntausende Schülerinnen und Schüler seit Beginn des Krieges in der Ukraine nach Deutschland gekommen seien. Das sei nicht vorherzusehen gewesen. Die Schulministerin gehe „zielgerichtet und strukturiert“ vor. Schwarz-Grün werde im Schulausschuss

in der kommenden Woche ein Handlungskonzept vorstellen. Säulen seien u. a. mehr Studienstandorte und Vereinfachungen beim Seiten- und Quereinstieg.

Carlo Clemens (AfD) hielt der SPD-Fraktion Stimmungsmache und Populismus vor. „Die Lehrer, die heute fehlen, wurden in Ihrer Regierungszeit nicht ausgebildet“, sagte er. Der SPD-Fraktion sei zudem bekannt gewesen, dass die Schulministerin dem Fachausschuss noch in diesem Jahr den Bericht der ministeriumsinternen Arbeitsgruppe zur Unterrichtsversorgung vorlegen wolle. „Diese paar Tage hätten Sie auch noch abwarten können“, sagte Clemens. Wichtig sei u. a., die Attraktivität des Lehrerinnen- und Lehrerberufs zu stärken. Er regte eine „Imagekampagne“ an, um für das Lehramtsstudium und den Beruf zu werben.

Das Thema „Bildung“ stehe bei der Landesregierung „ganz oben auf der Tagesordnung“, sagte Schulministerin **Dorothee Feller** (CDU). Nach wie vor fehlten die meisten Lehrkräfte an Grundschulen, in der Sekundarstufe I, an Förderschulen sowie in gewerblich-technischen Fachrichtungen der Berufskollegs. Von „Untätigkeit“ der Landesregierung könne keine Rede sein. Feller wies auf eine im Sommer im Ministerium gebildete Arbeitsgruppe hin. Sie solle kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen entwickeln, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Das Konzept werde am 14. Dezember 2022 im Ausschuss für Schule und Bildung vorgestellt.

sow, tob, zab

Krisenbewältigung – Landtag stellt

20./21. Dezember 2022 – Kurz vor Weihnachten hat der Landtag grünes Licht für den Haushalt 2023 gegeben. Der Entwurf, der Ausgaben in Höhe von 94,7 Milliarden Euro vorsieht, wurde in 3. Lesung mit den Stimmen von CDU und Grünen verabschiedet. SPD, FDP und AfD stimmten dagegen. Mit einem Sondervermögen in Höhe von bis zu fünf Milliarden Euro sollen die Folgen aus dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine aufgefangen werden.

Thomas Kutschaty
(SPD)



Thorsten Schick
(CDU)



Henning Höne
(FDP)



Mit den Stimmen von CDU und Grünen stellte der Landtag zudem eine „außergewöhnliche Notsituation“ für 2023 fest (18/2231). Dies ermöglicht, dass die sogenannte Schuldenbremse ausgesetzt wird und „ein Haushaltsausgleich durch Einnahmen aus Krediten zulässig“ ist. Zur Finanzierung des Sondervermögens werden entsprechende Kreditermächtigungen vorgesehen.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** warf der Regierung chaotische Haushaltsberatungen und Inkompetenz in der Krise vor. Zu den mehrfach erneuerten Vorlagen der Regierung für ein schuldenfinanziertes Sondervermögen aufgrund einer Notlage sagte er: „Erst bestreiten Sie die Notlage, dann erklären Sie die Notlage, dann bestreiten Sie die selbst erklärte Notlage.“ Und nun liege laut Landesregierung wiederum eine neue Situation vor. Die Regierung habe ein verfassungswidriges, hektisches Haushaltsverfahren damit begründet, dass sie noch in diesem Jahr Krisenhilfen auszahlen wolle. Kein einziger Cent komme aber noch in diesem Jahr

bei den Menschen an. Kutschaty betonte: „Nach Verfassungsbruch kommt der Wortbruch.“ Der Ministerpräsident habe wegen fehlender Vorsorge in der Energiekrise „grob fahrlässig“ gehandelt. „Was wir von Ihnen bekommen, sind schöne Bilder. Sie wären ein guter Präsident von Instagram“ – aber kein Ministerpräsident, sagte Kutschaty. NRW verdiene mehr Kompetenz, Weitsicht, Verlässlichkeit und Mut.

„Politische Geländegewinne“

Der SPD gehe es bei ihrer Kritik am Haushalt nicht um Hilfe für Menschen, sondern um „Angriff“ und „politische Geländegewinne“, erwiderte **Thorsten Schick**, Fraktionschef der CDU. Gute Politik müsse Menschen eine Perspektive geben. Dazu passe der Haushalt der Landesregierung, da er Zukunft gestalte. Der

Finanzminister habe ihn „in allerschwierigsten Zeiten“ aufstellen müssen – bedingt durch den Krieg in der Ukraine sowie steigende Energie- und Lebensmittelpreise. Die Landesregierung stelle mehr Geld für Tafeln, Flüchtlinge und die Schuldnerberatung bereit. Ziel sei zudem, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion in Europa zu machen. Der Haushalt stärke ferner die Innere Sicherheit, u. a. durch mehr Polizeikräfte sowie mehr Investitionen in die Bekämpfung von Cyberkriminalität und Kindesmissbrauch. Die Besoldung aller Lehrkräfte werde schrittweise in die Besoldungsgruppe A 13 übergeleitet. Auch der Sportetat werde erhöht. Insgesamt handle es sich um einen „Zukunftshaushalt“, der „in schwierigen Zeiten Orientierung bietet“.

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** sprach von einem „grottenschlechten“ Etat und den „kürzesten Haushaltsberatungen“, die das Land je erlebt habe. Er kritisierte ein „hektisches Verfahren“ und „Kehrtwenden“. Die Rücknahme des zweiten Nachtragshaushalts für 2022 reihe



finanzpolitische Weichen für 2023

sich da nahtlos ein. In der Tat seien die Zeiten dynamisch. Es gebe aber eine Konstante: „die Unzuverlässigkeit der schwarz-grünen Landesregierung“. Mit ihrem ersten eigenen Haushalt

Wibke Brems
(Grüne)



Infrastruktur unterstützt. Als weitere politische Schwerpunkte nannte Brems u. a. Hilfe für Kommunen und die Betreuung und Unterbringung von Geflüchteten, die Verkehrs- und

Dr. Martin Vincentz
(AfD)



diese Krise gemeinsam meistern. Wir sind das Land der Solidarität und des Zusammenhalts.“ Nordrhein-Westfalen unterstütze die Entlastungsmaßnahmen des Bundes jährlich mit vier

Ministerpräsident
Hendrik Wüst (CDU)



unter der Verantwortung von Ministerpräsident Wüst habe sie die Möglichkeit gehabt, die soziale Infrastruktur im Land zu stärken. Tatsächlich aber verpasse sie „Chance um Chance“ und merke das nicht einmal. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung sei „nachhaltig, vielleicht unwiderruflich gestört“. Höne unterstellte „mindestens Unvermögen, vielleicht sogar Vorsatz oder Gleichgültigkeit“. Die Koalitionsfraktionen nannte er „Erfüllungsgehilfen der Staatskanzlei“. Seine Fraktion habe deutliche Zweifel an der Begründung der „Notlage“. Deshalb behalte sie sich rechtliche Schritte vor.

Aktuelle Krisen

Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems** verteidigte die Haushaltspolitik der Koalition gegen die Kritik. Die Landesregierung sei mit politischen Versäumnissen der vergangenen Jahre konfrontiert und werde durch die aktuellen Krisen vor große Herausforderungen gestellt. Zudem habe es wochenlanges Tauziehen um die Finanzierung des Entlastungspakets des Bundes gegeben. Die Koalition von CDU und Grünen habe aber den Mut und das Land habe das Know-how und die Menschen, um gut durch diese Krisen zu kommen. Die Koalition sei dabei handlungsfähig und übernehme Verantwortung. Mit dem Sondervermögen in Höhe von bis zu fünf Milliarden Euro gehe man nun den entscheidenden Schritt und ergänze die Entlastungspakete des Bundes. Mit der ersten Tranche von 1,6 Milliarden Euro werde u. a. die soziale

Energiewende im Kampf gegen den Klimawandel und den Kampf gegen Kinderarmut.

Die Landesregierung gehe von falschen Annahmen aus, kritisierte **Dr. Martin Vincentz**, Vorsitzender der AfD-Fraktion. Das habe schon in der Vergangenheit nicht funktioniert. „Die Menschen werden unter Ihnen immer ärmer“, sagte der AfD-Abgeordnete. Seit 2015 setze sich zudem das Scheitern einer Integrationspolitik fort, die schon zuvor erfolglos gewesen sei. Die Notlage habe sich als allgemeines Problem verstetigt. Die „etablierten Parteien“ von CDU, SPD, Grünen und FDP aber seien nicht Teil einer Lösung, „sondern die maßgebliche Ursache für unsere Probleme“. Im Land gebe es eklatante Mängel: in der Gesundheits-, Sport, Wohnraum-, Verkehrs-, Bildungs- und Baupolitik sowie in der Inneren Sicherheit. Die anderen Parteien seien und blieben das „Belastungspaket“ für NRW. Das einzige „Entlastungspaket“ sei die AfD. „Ein schlanker Staat, niedrige Steuern und mehr Freiheit – das gibt es eben nur mit der AfD“, sagte Vincentz. An die Landesregierung gewandt fügte er hinzu: „Treten Sie zurück. Machen Sie den Weg frei für neue Ideen, für frische Gedanken.“

Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seien auch in Nordrhein-Westfalen zu spüren, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Ziel der Landesregierung sei es, die Menschen gut durch diese Krise zu bringen. „Wir müssen jetzt Vorsorge für Unwägbarkeiten treffen, um den Menschen Sicherheit zu geben“, sagte Wüst. Und: „Wir werden

Milliarden Euro. Das sei eine „große Belastung“, sagte der Ministerpräsident. Hinzu kämen Aufwendungen zur Versorgung der Flüchtlinge. Für Kommunen werde dies zunehmend schwierig. Allerdings könne niemand sagen, in welcher Größenordnung die Unterstützung erforderlich sein werde. Zudem müsse das Land eigene Hilfsprogramme finanzieren. In einer ersten Tranche seien 1,6 Milliarden Euro u. a. für Kitas, Wohnungslose, Mittelstand, Krankenhäuser und den ÖPNV vorgesehen. Wüst sprach zudem Investitionen in den Klimaschutz an: „Wir sind die erste Generation, die wirklich nicht mehr weggucken kann.“ *sow, tob, zab, wib*

Der Haushalt 2023 wurde am 20. Dezember 2023 verabschiedet. Er sieht Ausgaben in Höhe von 94,7 Milliarden Euro vor ([18/1200](#), [18/1500](#), [18/2121](#), [18/2233](#), [18/2234](#), [18/2235](#), [18/2236](#)). Zahlreiche [Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen](#) wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Einen Tag später kam der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen und verabschiedete das NRW-Krisenbewältigungsgesetz ([18/1951](#), [18/2123](#)). Es sieht die Errichtung eines Sondervermögens in Höhe von bis zu fünf Milliarden Euro vor. Mit dem Geld sollen die Folgen für Nordrhein-Westfalen aus dem Krieg in der Ukraine aufgefangen werden.

In einer ersten Tranche fließen 1,6 Milliarden Euro ([Vorlage 18/617](#)). Der ursprünglich für 2022 vorgesehene zweite Nachtragshaushalt wurde von der Landesregierung zurückgezogen (siehe auch S. 8).

Alle Drucksachen sind auf der Internetseite des Landtags veröffentlicht unter <https://lt.nrw/Haushalt>.



Mietpreise

7.12.2022 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, stärker gegen überbezahlte Mieten vorzugehen. Eine Untersuchung des Mietervereins Düsseldorf komme zu dem Ergebnis, dass jede vierte Wohnung in der Landeshauptstadt überbezahlte sei und gegen die Mietpreisbremse verstoße, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion (18/1872). In Städten wie Aachen, Bonn, Köln und Münster gebe es ebenso eine „Unwucht“ zulasten von Mieterinnen und Mietern. Die Situation sei „Ausdruck der gescheiterten Politik der Landesregierung der vergangenen Jahre“. Während in Bayern Bestimmungen zum Schutz von Mieterinnen und Mietern in 162 Kommunen gelten würden, sei dies durch landesrechtliche Regelungen in Nordrhein-Westfalen in nur 18 Kommunen der Fall. Die Landesregierung solle sich mit der Wohnungswirtschaft sowie dem Mieterbund NRW auf ein Mietmoratorium verständigen. Zudem seien mehr mietpreisgebundene Wohnungen nötig. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung (federführend) überwiesen.

MINT-Fächer

8.12.2022 – Der Fachkräftemangel im sogenannten MINT-Bereich hat den Landtag beschäftigt. Anlass war ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/1868), die von der Landesregierung zahlreiche Maßnahmen gegen den Mangel fordern. Mit MINT-Fächern gemeint sind Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Es sei notwendig, die Herausforderungen der Fachkräftegewinnung aus unterschiedlichen Perspektiven heraus anzugehen. Die Fraktionen sprechen sich u. a. dafür aus, Maßnahmen in Kitas und Schulen zur Stärkung der MINT-Bildung weiterzuentwickeln. Geprüft werden solle auch, wie gemeinsam mit der Wirtschaft Angebote für das duale Studium ausgebaut werden könnten. CDU und Grüne fordern zudem Maßnahmen, um die

hohe Abbrecherquote insbesondere im Ingenieurstudium zu senken. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss (federführend) überwiesen.

„Missbrauchskomplex Lügde“

8.12.2022 – Die Landesregierung solle einen Sonderhilfefonds für die Opfer des „Missbrauchskomplexes Lügde“ und ihre Familien einrichten. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (18/1873). Auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) waren Kinder jahrelang Opfer sexueller Gewalt geworden. Bereits 2019 seien zahlreiche Anträge auf Hilfen nach dem Opferentschädigungsgesetz eingereicht worden, so die Fraktion. Einem Pressebericht zufolge seien bislang aber keine Bescheide ergangen. Die Landesregierung solle prüfen, „ob tatsächlich die gesetzlichen Vorgaben so zeitaufwendig sind, dass zwischen Antragstellung und Bescheidung mehr als drei Jahre vergehen müssen“. Sollte die Prüfung positiv ausfallen, solle die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der entsprechenden Gesetze starten. Die Fraktion fordert zudem eine Ombudsperson, an die sich Opfer und deren Familien wenden können. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und Grünen abgelehnt, AfD und FDP enthielten sich. Angenommen wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU, Grünen und FDP (18/2097, 2. Neudruck). Demzufolge soll die Landesregierung „die Verfahren und rechtlichen Rahmenbedingungen in der Opferentschädigung auf Basis der Erfahrungen im Fall Lügde“ auf den Prüfstand stellen und Verbesserungen erwirken. Die AfD stimmte ebenfalls zu, die SPD enthielt sich.

Hochbegabte

8.12.2022 – Die FDP-Fraktion hält eine „flächendeckende Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit einer Hoch- oder Höchstbegabung sowohl in der Schule als auch begleitend durch außerschulische Angebote“ für unerlässlich und sieht dies in Nordrhein-Westfalen

nicht gegeben. In einem Antrag (18/1867) fordert sie die Landesregierung zum Handeln auf, damit die jungen Menschen „ihre Chancen auf adäquate Bildung wahrnehmen“ könnten. So solle die Landesregierung u. a. landeseigene, außerschulische Förderstrukturen aufbauen, Kita-Personal schulen und unterstützen. Die Fraktion regt ein Zertifikat „begabungsfreundliche Schule“ an und fordert mehr Flexibilität beim Übergang von der Kita in die Schule sowie von der Mittel- in die Oberstufe. Der Landtag hat den Antrag an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend) zur weiteren Beratung überwiesen.

Bargeld

8.12.2022 – Die AfD-Fraktion hat sich gegen eine Obergrenze für Zahlungen mit Bargeld ausgesprochen. Die Europäische Union plane eine solche Obergrenze, um Geldwäsche zu bekämpfen. Die Grenze solle in Zukunft bei 10.000 Euro für Bargeldgeschäfte in EU-Mitgliedstaaten liegen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) begrüße die Pläne, schreibt die AfD-Fraktion in einem Antrag (18/1861). Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) habe sich auf Twitter zudem für einen „digitalen Euro“ ausgesprochen. Bargeld sei jedoch das „liebste Zahlungsmittel der Deutschen“, schreibt die Fraktion. Es sei „geprägte und gedruckte Freiheit“. Ein „bargeldloser Staat“ dagegen stelle Bürgerinnen und Bürger unter „Generalverdacht“. Das Argument der Kriminalitätsbekämpfung sei „nur ein Vorwand, um Bargeld schrittweise abzuschaffen“. Die Landesregierung solle sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen jede Form von Bargeldobergrenzen einsetzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Bottroper Apothekerskandal

9.12.2022 – Über Jahre hinweg hatte ein Bottroper Apotheker Krebsmedikamente gestreckt und abgegeben, die unterdosierten Mittel bei den Krankenkassen aber voll abgerechnet. Vom



Landgericht Essen wurde der Mann im Juli 2018 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Der Landtag hatte sich ebenfalls mit dem Fall befasst. Zur Unterstützung der vom Gericht festgestellten rund 2.000 Opfer hatte das Landesparlament 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld sollte vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales als sogenannte Billigkeitsleistung in Höhe von jeweils 5.000 Euro ausbezahlt werden. Die Antragszahlen seien

jedoch weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Grünen und FDP ([18/1869](#)). Sie fordern eine Fristverlängerung bis 31. März 2023. Man könne aber davon ausgehen, dass die Mittel auch dann „bei Weitem nicht ausgeschöpft“ seien. Deshalb solle der Kreis der Anspruchsberechtigten auf alle Personen oder Hinterbliebenen ausgeweitet werden, „die nachweislich im Zeitraum vom 1. Januar

2001 bis zum 28. November 2016 individuell zubereitete Krebsmedikamente aus der ‚Alten Apotheke Bottrop‘ erhalten haben“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die SPD-Fraktion hatte einen Entschließungsantrag ([18/1967](#)) vorgelegt. Damit auch der vergrößerte Kreis der berechtigten Personen die gleiche Entschädigung erhalte, solle der Entschädigungsfonds auf 12 Millionen Euro erhöht werden. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2022) | [18/1950](#), [18/2121](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Dezember 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | zurückgezogen

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine (NRW-Krisenbewältigungsgesetz) | [18/1951](#), [18/2123](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Dezember 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung am 20. Dezember 2022, 3. Lesung am 21. Dezember 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz) | [18/1501](#), [18/2122](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 23. November 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung am 20. Dezember 2022, 3. Lesung am 21. Dezember 2022 | verabschiedet

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) | [18/1200](#), [18/1500](#) (Ergänzung), [18/2120](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. und 8. Dezember 2022 | Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | 3. Lesung am 20. Dezember 2022 | verabschiedet

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023) | [18/1100](#), [18/1402](#) (Ergänzung), [18/2124](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. Dezember 2022 | Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss | 3. Lesung am 20. Dezember 2022 | verabschiedet

Zweites Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [18/997](#), [18/1974](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. Dezember 2022 | verabschiedet

Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Stiftungsgesetz NRW) | [18/1921](#) | Landesregierung

| 1. Lesung am 7. Dezember 2022 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz über die Bestimmung von zeitlichen Grenzen für die Festsetzung von Abgaben zum Vorteilsausgleich im Land Nordrhein-Westfalen | [18/1919](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Dezember 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [18/2140](#) | CDU und Grüne | 1. Lesung am 20. Dezember 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [18/1870](#) | SPD | 1. Lesung am 9. Dezember 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

Gesetz zur Vermeidung von Gendersprache in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks (Gendersprache-Vermeidungsgesetz WDR) | [18/1368](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Ringen um den Nachtragshaushalt

7. Dezember 2022 – Der Landtag hat in 1. Lesung über einen zweiten Nachtragshaushalt 2022 beraten. Mitberaten wurde der Entwurf für ein NRW-Krisenbewältigungsgesetz sowie ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen, um die „außergewöhnliche Notsituation“ festzustellen. Den Entwurf für den Nachtragsetat zog die Landesregierung am 19. Dezember 2022 zurück.



Finanzminister
Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Olaf Lehne (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Simon Rock (Grüne)

Henning Höne (FDP)

Dr. Hartmut Becker (AfD)

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe zu einer „Krisensituation geführt, die für Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, öffentliche Stellen, Unternehmen und die staatliche Finanzlage gravierende Folgen hat“, hieß es im zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2022. Die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen habe sich in den vergangenen Wochen deutlich verschlechtert. Der Etatentwurf wurde laut Landesregierung wegen unerwarteter Steuermehreinnahmen zurückgezogen.

Mit der Feststellung der „außergewöhnlichen Notsituation“ (18/1973) sollte ermöglicht werden, dass 2022 die sogenannte Schuldenbremse ausgesetzt wird und „ein Haushaltsausgleich durch Einnahmen aus Krediten zulässig“ ist.

Ohne Kreditaufnahme sei eine Abmilderung der Folgen des russischen Angriffskriegs für Nordrhein-Westfalen nicht zu bewältigen, sagte Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) während der 1. Lesung. Das Wirtschaftswachstum habe im ersten Halbjahr 2022 noch bei „beachtlichen 2,5 Prozent“ gelegen. Die Gesamtsituation habe sich zuletzt aber negativ verändert. Aktuelle Studien prognostizierten ein Fortdauern dieser Entwicklung, sagte Optendrenk. Nordrhein-Westfalen sei wegen seiner „energieintensiven Grundstoffindustrien“ härter betroffen als andere Bundesländer. Die Krise erfordere deshalb schnelles Handeln.

„Wir leben in außergewöhnlich schwierigen Zeiten“, bestätigte **Olaf Lehne** (CDU). Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf

die Ukraine seien „auch in unseren Wohnzimmern angekommen“. Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft stünden vor existenziellen Herausforderungen. Daher sei „unverzügliches Handeln“ erforderlich. Ein Warten auf das Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2023 wäre, so Lehne, nicht zu verantworten. Das Sondervermögen sei der „richtige Schritt, um der aktuellen Krise entschlossen die Stirn zu bieten“. Wünschenswert sei ein „Zusammenhalt über Parteigrenzen“ hinweg.

„Hektische Operation“

„Diese Koalition ist derzeit nicht regierungsfähig“, hielt der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thomas Kutschaty** dagegen. Es handle sich um die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, die Unternehmen und Familien müssten entlastet werden. Der Ministerpräsident habe sich monatelang um nichts gekümmert – „heute zeigen Sie sich von der Lage überrascht“. Das sei nicht nachvollziehbar. Eine solche „Kehrtwende“ müsse ausführlich und verfassungsfest begründet werden. „Sie sind des Verfassungsbruchs überführt worden, und deshalb müssen Sie jetzt umsteuern“, erklärte er sich die „hektische Operation“. Unklar bleibe, wofür das zusätzliche Geld diene.

Das eingeplante Geld sei im Rahmen der Energiekrise notwendig, um Menschen und Wirtschaft zu unterstützen, erläuterte **Simon Rock** (Grüne). Außerdem habe NRW einen deutlich erhöhten Finanzierungsbedarf für die Flüchtlingsaufnahme in den Kommunen. Daneben nannte Rock Krisenresilienz und Krisen-

vorsorge als Ziele. Das Land dürfe nie wieder in einseitige Abhängigkeit von fossiler Energie aus autokratischen Staaten wie Russland geraten. Erneuerbare Energien seien „Freiheitsenergien“. Er kündigte ein konkretes Maßnahmenpaket als Diskussionsgrundlage für das weitere Verfahren an.

„Sie reden von Klarheit, Sie liefern Chaos“, warf **Henning Höne**, Fraktionsvorsitzender der FDP, der Landesregierung vor. Der Landtag befinde sich im „historisch kürzesten Haushaltsberatungsverfahren“ mit der „historisch schlechtesten Beratungsgrundlage, die eine Landesregierung jemals vorgelegt hat“. Sie habe zunächst Geld aus dem Corona-Rettungsschirm „umbuchen“ wollen. Das sei der „Versuch einer politischen Geldwäsche“ und rechtswidrig gewesen. Schwarz-Grün stelle „offen Regierungsversagen zur Schau“, betreibe eine „Selbstversenkung“ und sei „hoffnungslos überfordert“ mit der Krise.

„Schweinsgalopp“, das sei das richtige Wort für die Art und Weise des aktuellen Haushaltsverfahrens, kritisierte **Dr. Hartmut Becker** (AfD). Dass die Landesregierung ein „Sondervermögen“ einrichten wolle, verschleierte, worum es in Wahrheit gehe: neue Schulden. Unklar sei, wie lange, wofür und warum sie gemacht werden sollten. Die AfD-Fraktion lehne eine Politik ab, die sich darin erschöpfe, „jede Krise mit noch mehr Schulden zuzukleistern“. Konkrete Maßnahmen zur Krisenbewältigung würden nicht genannt. Es gebe weder Schwerpunkte noch eine Priorisierung. Da bestehe die Gefahr, dass Maßnahmen „verpuffen“.

zab, sow, tob

Sorge um den Wald

8. Dezember 2022 – Wie geht es den nordrhein-westfälischen Wäldern? Mit dieser Frage hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde befasst. Die FDP-Fraktion hatte die Debatte beantragt. Hintergrund war der Waldzustandsbericht 2022 der Landesregierung.

Der Wald in Nordrhein-Westfalen sei einer der wichtigsten Faktoren für Klimaschutz und Artenvielfalt, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag (18/1947). Allerdings sei der aktuelle Zustand der Wälder „besorgniserregend“. Das habe der aktuelle Waldzustandsbericht der Landesregierung gezeigt.

Rund 27 Prozent der Landesfläche Nordrhein-Westfalens seien bewaldet. Mehr als 70 Prozent der untersuchten Bäume hätten eine schwache Kronenverdichtung, nur 28 Prozent seien völlig gesund. Fast sämtliche Eichen und Buchen seien geschädigt, Fichtenkulturen fast völlig zerstört. Die Gründe seien vielfältig: Schäden durch Fichtenborkenkäfer, Wetterextreme wie Hitze, Dürre und Stürme, Waldbrände sowie belastete Böden durch Schadstoffe aus Luft und Niederschlägen.

Mit der Aktuellen Stunde verbunden war ein weiterer Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „Wälder in Nordrhein-Westfalen zukunftssicher und klimastabil aufstellen – Bodenschutzkalkung für gesunde Waldböden“ (18/1866). Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

„Der Wald war immer schon ein Sehnsuchtsort, denn er verspricht Ruhe und Erholung“, leitete **Dietmar Brookes** (FDP) seine Rede ein. Aber der Wald insgesamt leide und der Boden leide unter Schadstoffen. Seit 1984 verschlechtere sich der Zustand. Der Wald brauche nun Hilfe und aktive Unterstützung, und zwar hinsichtlich einer Aufforstung, der Schädlingsbekämpfung und einer Schutzkalkung für den Waldboden. Letzteres habe im Staatswald seit 15 Jahren nicht mehr stattgefunden, obwohl dies den Boden revitalisiere und den Bäumen

helfe, sich tiefer zu verwurzeln, sagte der Abgeordnete und forderte die Landesregierung zum Handeln auf.

Die Bodenschutzkalkung flächendeckend für ganz Nordrhein-Westfalen sei ein „Mittel aus den Neunzigern“, entgegnete **Jochen Ritter** (CDU). „Wir versuchen lieber, das Problem an der Wurzel zu packen, als es mit weißem Pulver zu übertünchen.“ Den Waldzustandsbericht wolle die Koalition nun im Dialog mit den Verbänden auswerten und die entsprechenden Regelungen nachjustieren. Pflanzgut widerstandsfähiger Arten sei jedoch rar. Im Übrigen sei der Waldzustandsbericht vor einem Jahr sehr ähnlich ausgefallen – die damals noch an der Regierung beteiligte FDP habe darauf mit „Schweigen im Walde“ reagiert, bemerkte Ritter.

„Immenser Nutzungsdruck“

Es gebe einen „immensen Nutzungsdruck“ auf den Wald, stellte **Julia Kahle-Hausmann** (SPD) fest. Und: Der Holzbedarf steige weiter. Daher brauche es mehr Waldflächen für holzverarbeitende Betriebe. Klar sei auch: „Wir werden uns von der Fichte als Brotbaum verabschieden müssen.“ Das gelte vermutlich auch für einen Großteil der Buchen. Szenarien gingen von einem mediterranen Wald mit Küstentannen als künftige Lieferanten von Stammholz aus. Der „Waldumbau“ müsse aktiv gestaltet werden, forderte die Abgeordnete. Nötig seien auch mehr Investitionen in Ausbildung und Forschung.

In der Vergangenheit seien zahlreiche Forste mit dem Ziel der wirtschaftlichen Nutzung aufgebaut worden, jedoch „keine Wälder im ökologischen Sinn“, sagte **Dr. Gregor Kaiser** (Grü-

ne). Das sei aus heutiger Sicht ein Fehler. Nötig seien mehr Nachhaltigkeit und Biodiversität und weniger Flächen mit nur ein oder zwei Baumarten. Die Landesregierung werde eine Waldstrategie NRW mit ökologischen Mindeststandards formulieren und das Landesforst- zu einem Landeswaldgesetz weiterentwickeln, kündigte Kaiser an. „Wir werden auch Waldflächen aus der Holznutzung nehmen und einen zweiten Nationalpark einrichten.“

Andreas Keith (AfD) hob die Bedeutung des Waldes hervor, nicht nur als Wirtschaftsfaktor. Gerade die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass der Wald ein „Sehnsuchts- und Freiheitsort“ sowie ein „Kraftspender“ sei. Es gelte, ihn zu erhalten. Bei ihren gewaltigen Aufgaben dürften die Waldbäuerinnen und Waldbauern sowie die Forstbetriebsgemeinschaften nicht alleingelassen werden. Konkret forderte er Unterstützung des Landes u. a. bei Baumpflanzungen und der Schädlingsbekämpfung. Der Wald sei auf die Unterstützung des Menschen angewiesen, um sich zu erholen, so der AfD-Abgeordnete.

Wissenschaftsministerin **Ina Brandes** (CDU) kündigte in Vertretung von Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen (CDU) ein Programm für die Unterstützung der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer an. Die Situation für die nordrhein-westfälische Forstwirtschaft sei „sehr ernst und besorgniserregend“. Es stehe „die gewaltige Aufgabe der Wiederbewaldung“ an. Zudem müssten die Wälder an den Klimawandel angepasst werden. Das Programm sehe finanzielle Unterstützung vor, aber auch fachliche Beratung und Bürokratieabbau. Zur Stärkung der Bodenschutzkalkung im Wald habe die Landesforstverwaltung die Erstellung eines Kalkungskonzepts mit digitalen Karten geplant.

sow, tob, wib

Wo die Fäden zusammenlaufen

Dezember 2022 – In der öffentlichen Berichterstattung ist der Ältestenrat kaum wahrnehmbar. Dennoch zählt er zu den politisch bedeutsamsten Gremien des Landtags – als Planungs- und Lenkungsorgan der Volksvertretung.



Foto: Schälte

Mitglieder des Ältestenrats sind der Landtagspräsident, dessen Stellvertreterin und Stellvertreter sowie elf weitere Abgeordnete. Es sind nicht die ältesten Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wohl aber sehr erfahrene.

Der Präsident beruft den Ältestenrat ein und leitet seine Verhandlungen. Die Fraktionen entsenden ihre jeweiligen Führungen, also die Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Neben den vier Mitgliedern des Landtagspräsidiums zählen zum Ältestenrat aktuell vier Abgeordnete der CDU-, drei der SPD-, zwei der Grünen- und je ein Abgeordneter der FDP- sowie der AfD-Fraktion. Die Fraktionen von FDP und AfD entsenden zusätzlich jeweils ein beratendes Mitglied ohne Stimmrecht.

Als Beratungs- und Koordinierungsorgan unterstützt der Ältestenrat den Landtagspräsidenten bei seiner Arbeit und sorgt für einen koordinierten und reibungslosen Ablauf der

parlamentarischen Arbeit. Sitzungstermine und Tagesordnungen des Plenums werden nach Beratung mit dem Ältestenrat festgesetzt.

Beratung und Koordination

Über welches Thema wird wie lange beraten? Wer übernimmt den Vorsitz in einem Ausschuss? Und in welchen Ausschüssen sollen eingereichte Gesetzentwürfe und Anträge beraten werden? Mit Fragen wie diesen befasst sich der Ältestenrat in nicht öffentlichen Sitzungen. Seit Beginn der aktuellen Wahlperiode im Juni 2022 hat er zehnmal getagt. Der Ältestenrat muss einberufen werden, wenn zwei seiner Mitglieder oder eine Fraktion es verlangen.

Das Gremium ist auch der Ort, an dem Streitfälle besprochen werden, die sich aus einer unterschiedlichen Auslegung der Geschäftsordnung ergeben können. Der Ältestenrat wird

daher auch als „politische Clearingstelle“ bezeichnet – ein Ort, an dem bei Streitigkeiten geschlichtet wird. Er strebt dabei Vereinbarungen an, die möglichst von allen Fraktionen akzeptiert werden können.

Vor einer Sitzung des Ältestenrats treffen sich die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer (PGF) der Fraktionen meist für detaillierte Vorbesprechungen zu Beratungsabläufen. Die Absprachen der sogenannten PGF-Runden fließen in die Beratungen des Ältestenrats ein.

Zu den Aufgaben des Ältestenrats zählen zudem die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit sie nicht dem Landtagspräsidium vorbehalten sind. So ist der Ältestenrat für den „Voranschlag“ des Haushaltsplans des Landtags verantwortlich, der dazu dient, Bedarfe anzumelden und die Finanzplanung vorzubereiten. Der Ältestenrat entscheidet über die Sitzordnung im Plenarsaal.

red

Corona und die Psyche junger Menschen

15. November 2022 – „Mehr als zwei Jahre Schulbetrieb unter Corona-Bedingungen haben bei allen Beteiligten des Bildungssystems ihre Spuren hinterlassen“, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion. Besonders gravierend seien die Folgen für die psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Zu diesem Ergebnis sei die sogenannte COPSY-Längsschnittstudie gekommen. In einer gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse für Schule und Bildung, für Familie, Kinder und Jugend sowie für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben sich Sachverständige zum Thema geäußert.

Die Fraktion fordert in ihrem Antrag („Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbe- reich stärken!“; 18/628) u. a. den Ausbau und die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit. Der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern sowie von Schulpsychologinnen und -psychologen müsse an allen Schulen über einen „festen Schlüssel“ ermöglicht werden. Zudem sollten Gesundheitsfachkräfte an den Schulen eingestellt und entsprechende Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer entwickelt werden. Erforderlich seien darüber hinaus „umfassende Präventions- und Heilungsstrategien, die auch kulturelle und sportliche Betätigung umfassen“.

„Gesundheit hat gelitten“

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen habe in der Pandemie gelitten, befand der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte in einer schriftlichen Stellungnahme für die Ausschüsse: „Studien, die das belegen und gemessen haben, können wir durch unseren Praxisalltag jeden Tag bestätigt sehen.“ Viele Kinder litten „nach wie vor an den Belastungen, Ängsten und auch den Folgen verpasster Bildung,

verpasster Förderung und somit verpasster, zum Teil unwiederbringlicher Entwicklung“. Es gebe jüngere Kinder, die einen Großteil ihres bisherigen Lebens unter Pandemiebedingungen verbracht hätten: „Verpasstes kann aber nun nicht nachgeholt werden, da Angebote fehlen oder überlaufen sind.“

Im Antrag der SPD-Fraktion werde „deutlich formuliert, welche negativen Auswirkungen die Corona-Pandemie vor allem auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen gehabt hat“, bestätigte der Verband Bildung und Erziehung. Zudem werde „eindringlich darauf hingewiesen, dass es erheblicher Anstrengungen und Investitionen in die schulischen Rahmenbedingungen und damit auch in das soziale und emotionale Lernen bedarf, um die Resilienz der Kinder und Jugendlichen zu stärken“. Eine langfristige finanzielle Sicherung sowie ein Ausbau der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen seien dringend erforderlich. An jeder Schule müsse es mindestens eine entsprechende Stelle geben, die nicht auf Lehrerstellen anzurechnen sei. Schule sei aber mehr als Unterricht, Bildung und Wissensvermittlung. Deshalb sei es richtig, „das Augenmerk auch auf kulturelle und sportliche Betätigung zu richten“.

„Ausgelöst durch die Krisen der jüngsten Vergangenheit zeigen sich in der Schule vermehrt Probleme wie Lernschwierigkeiten, Mobbing, psychische Auffälligkeiten bis hin zu Gewalttätigkeit“, schrieb die Landeselternkonferenz NRW in ihrer Stellungnahme. Daher unterstütze man „die Forderung, die Richtlinien anzupassen und Schulsozialarbeit auszuweiten“. Alle Schulen müssten nach einem festen Schlüssel ausgestattet werden. Die Landeselternkonferenz berichtete von „unzähligen Hilferufen von Eltern“. Sie hätten „von Existenzängsten, Gesundheitsorgen, Schulängsten, Versagensängsten, Ansteckungsängsten, Schlafstörungen, Verlustängsten bis hin zu Suizidgedanken“ gesprochen.

„Der Antrag greift ein sehr schwerwiegendes fortdauerndes Problem auf, das in erster Linie auf die rigiden Coronamaßnahmen der Landesregierung zurückzuführen ist“, so der frühere Oberstudiendirektor Helmut Seifen (Gronau) in seiner Stellungnahme. Schülerinnen und Schüler seien „konfrontiert mit einer außerhalb und innerhalb der Schule geschürten Panikmache“ gewesen. Der Antrag der SPD-Fraktion berücksichtige „diese tiefgreifende Erschütterung des kindlichen und jugendlichen Urvertrauens in die Stabilität des eigenen sozialen Netzes in keiner Weise“. Forderungen nach

Verstärkung der Schulsozialarbeit „haben also höchstens die Aufgabe, die Schmerzen zu lindern, welche die Freiheitseinschränkungen im Rahmen der sogenannten Pandemiebekämpfung verursachen“.

Das Gesundheitsamt Dortmund sah „großen Handlungsbedarf für den Ausbau von Präventionsangeboten zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Schulen“. Es sei jedoch ebenfalls erforderlich, psychosoziale Beratungsstrukturen für Schülerinnen und Schüler sowie ihre Familien vor Ort auszubauen. „Daher haben wir bereits die personelle Aufstockung des psychosozialen Teams in unserem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst stark vorangetrieben“, hieß es in der Stellungnahme. In den vergangenen Jahren sei die Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt Dortmund erweitert worden und zähle mittlerweile 15 Schulpsychologinnen und -psychologen. Angesichts von insgesamt 85 weiterführenden Schulen in Dortmund könne jedoch „nicht von einer ausreichend guten Versorgungssituation ausgegangen werden“.

„Paradigmenwechsel“

Die Schulsozialarbeit müsse weiter ausgebaut und dauerhaft abgesichert werden, so die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit NRW. Bei der Finanzierung sei ein „Paradigmenwechsel“ erforderlich: „Statt einer Finanzierung aufgrund von befristeten, ständig neuen Programmen und mit Blick auf besondere Problemlagen (Defizitorientierung/Stigmatisierung) benötigt es eine systematische und nachhaltige Institutionalisierung von Schulsozialarbeit durch den Ausbau und die Stärkung von bereits bestehenden gelingenden fachlichen Strukturen, welche das Handlungsfeld der Schulsozialarbeit stärken.“

Die Landeschüler*innenvertretung NRW begrüßte „weite Teile“ des Antrags: Die Probleme der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen müssten „dringend ernst genommen werden“. Es sei „klar“, dass es in den Schulen mehr Psychologinnen und Psychologen, mehr Sozialarbeiterinnen und -arbeiter geben müsse. Der im Antrag geforderte „Schlüssel“ sei aber nicht klar definiert. Wichtig sei, dass er sich nicht ausschließlich an der Zahl der Schülerinnen und Schüler orientiere. Statistisch gebe es an Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus „sozioökonomisch schwächeren Haushalten“ einen höheren Bedarf an Schulsozialarbeit.

zab

Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Kindheit und Jugend ...



Claudia Schlottmann
(CDU)



... prägen jeden Menschen das ganze Leben und sind nicht wiederholbar. In diesen frühen Phasen sammeln wir erste Erfahrungen und Erlebnisse, an die wir uns am besten gerne irgendwann zurückerinnern. Aus ihnen können wir lernen und uns weiterentwickeln.



Dilek Engin
(SPD)



... sind Lebensphasen, die den Grundstein für eine erfolgreiche Biographie legen. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken, ihnen Möglichkeiten bieten, bei Problemen auf eine breite Unterstützungsstruktur zurückgreifen zu können. Hier ist die Politik gefordert, diese Infrastruktur insbesondere an Schulen zu gewährleisten.



Lena Zingsheim-Zobel
(Grüne)



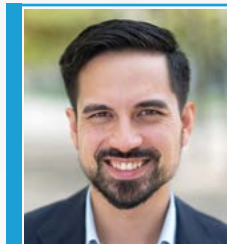
... prägen den Charakter und die Psyche für ein ganzes Leben. Durch Schulddruck, familiäre Konflikte oder andere Herausforderungen können Kinder und Jugendliche schon früh mit mentalen Belastungen konfrontiert sein. Um ihre mentale Gesundheit zu stärken, braucht es neben Beratungsangeboten auch Angebote der Selbstwirksamkeit und Beteiligung.



Yvonne Gebauer
(FDP)



... sind die prägendsten Lebensphasen. Sie sind die wichtigste Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung und gleichzeitig die beste Zeit, Kompetenzen für das ganze Leben zu erwerben. Sie sind unwiederbringlich.



Carlo Clemens
(AfD)



... müssen unbeschwert sein. Darauf haben Kinder ein Recht.

„Psychosoziale Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche“

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Die Folgen der Pandemie ...

... spüren auch und insbesondere unsere Jüngsten. Auf viele sonst ganz normale Dinge haben sie verzichten müssen. Die sozialen Kontakte und Erlebnisse, aber auch der klassische und strukturierte Alltag haben gefehlt. Hier wollen wir bestmöglich unterstützen, um Folgen abzufedern und auszugleichen.

... sind nicht zuletzt auch bei unseren Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Es ist eine signifikante Zunahme an seelischen Erkrankungen zu verzeichnen. Jeder vierte junge Mensch unter 18 Jahren hat entsprechende Symptome, die seine Lebensqualität und Entwicklungschancen empfindlich beeinträchtigen. Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe müssen darauf reagieren können.

... betreffen Kinder und Jugendliche unterschiedlich stark. Der Anteil psychisch belasteter Kinder und Jugendlicher hat sich während der Pandemie verdoppelt (COPSY-Studie). Kinder, die vorher schon psychisch stark belastet waren, sowie Kinder aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen sind besonders betroffen. Gesundheitsschutz und soziale Teilhabe müssen zwingend zusammengedacht werden, um Kinder und Jugendliche zu schützen.

... sind für Kinder und Jugendliche besonders gravierend. Viele sind weiterhin psychisch belastet. Sie leiden auch unter den Folgen verpasster Bildung und angemessener Förderung. Wichtige Phasen der Persönlichkeitsentwicklung wurden z. T. erheblich beeinträchtigt. Die Folgen werden uns noch lange begleiten. Diagnostik, Förder- und Behandlungsmaßnahmen müssen weiter gestärkt und ausgebaut werden.

... sind nicht die Folgen der Pandemie. An jedem anderen Ort der Welt – mit Ausnahme von China – hat man Corona längst als saisonales Grippevirus akzeptiert und die Maßnahmen weitestgehend eingestellt. Das, was die etablierten Fraktionen „Folgen der Pandemie“ nennen, sind in Wahrheit Folgen unsinniger Politik, vor denen die AfD von Beginn an gewarnt hat.

Schulsozialarbeit ...

... ist nicht mehr wegzudenken. Gerade in Krisenzeiten leistet sie einen unverzichtbaren Beitrag. Wir brauchen mehr sozialpädagogische Fachkräfte an unseren Schulen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das Personal weiter aufstocken und mehr Kräfte für diesen wichtigen Bereich gewinnen. Das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung unserer Schulministerin Dorothee Feller wird dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

... stärkt ein gelingendes soziales Miteinander. Sie ist eine unverzichtbare Bereicherung des Schulalltags. Mit ihrem niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangebot sichert sie vielen jungen Menschen eine erfolgreiche Schullaufbahn. Daher muss die Schulsozialarbeit mit einem festen Schlüssel an allen Schulen etabliert und ihre Finanzierung auf Dauer sichergestellt werden.

... ist an allen Schulen wichtig. Sie erreicht auch Kinder und Jugendliche, deren Eltern keine Beratung aktiv aufsuchen, sie ist niedrigschwellig angelegt und entlastet Lehrkräfte. Anstelle des komplexen Finanzierungssystems wollen wir mit den Kommunen über klare Strukturen, einheitliche Bezahlung und Qualitätsanforderungen sprechen. Fortbildungsangebote wollen wir ausbauen und Schulsozialarbeit als festen Bestandteil von Schule etablieren.

... ist eine wichtige Unterstützung in den Schulen, um Schülerinnen und Schüler niedrigschwellig zu erreichen und ihnen ggf. erforderliche Hilfeleistungen aufzuzeigen und anzubieten. Für eine ganzheitliche Unterstützung unserer Kinder und Jugendlichen müssen wir die bestehenden Angebote personell erweitern und noch besser verzahnen.

... ist ein immer wichtiger werdender Bereich, in dem es ähnlich wie im Lehrerberuf dauerhaften Personalmangel gibt. Dieser lässt sich nicht ausschließlich mit „Schweigegeld“ auffangen. Es braucht zuverlässige Arbeitsbedingungen und ein vernünftiges Arbeitsumfeld mit guter Ausstattung für Lehrer wie für Schulsozialarbeiter.

Pandemiebedingte Schulschließungen ...

... waren für viele eine Belastung, haben uns aber auch nochmal gezeigt, dass Schule mehr ist als Wissensvermittlung. Unterricht vor Ort in der Schule, gemeinsam mit Mitschülerinnen und Mitschülern und in direktem Kontakt mit der Lehrkraft, hat für uns oberste Priorität. Wir wollen weiter mit Maßnahmen, wie etwa mit dem Handlungskonzept Corona, alles dafür tun, um einen geregelten Schulalltag zu ermöglichen.

... sollten vermieden werden, aber dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen. Wir wissen, wie wichtig der Präsenzunterricht für den Lernerfolg unserer Kinder ist. Digitaler Unterricht kann ergänzen und in Extremlagen notwendig sein, aber unser Ziel ist ein regulärer Unterricht, der neben der Vermittlung von Lerninhalten auch das soziale Miteinander fördert.

... sind zu vermeiden. Denn Schule ist auch ein Ort der Begegnung. Dort wo Schulschließungen unumgänglich werden, sollte digitaler Unterricht stattfinden. Es ist besonders wichtig, dass Schülerinnen und Schüler nicht alleine gelassen werden und der Kontakt zu Mitschülerinnen und Mitschülern nicht abbricht. Für Kinder, die zu Hause keine guten Lernbedingungen haben, braucht es Study Halls.

... dürfen nur das allerletzte Mittel sein! Die Auswirkungen auf die Gesundheit, Bildung und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen müssen bei allen Entscheidungen besonders stark ins Gewicht fallen.

... sind grundfalsch. Sie führten zu in ihrem Ausmaß unbekanntem psychischen Schäden und nicht aufzuholenden Lernrückständen bei jungen Menschen. Die AfD-Fraktion NRW hat sich von Beginn an klar gegen jede Form von Schulschließung positioniert. Bildungseinrichtungen müssen offenbleiben!

Nordrhein-Westfalen

Mai/Juni 2022 – Nordrhein-Westfalen hat am 15. Mai 2022 einen neuen Landtag gewählt. Die CDU kam auf 35,7 Prozent, die SPD auf 26,7, die Grünen auf 18,2, die FDP auf 5,9 und die AfD auf 5,4 Prozent der Zweitstimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,5 Prozent (2017: 65,2 Prozent). Der neue Landtag hat 195 Sitze, vier weniger als der vorherige. Die Verteilung: CDU 76 Sitze, SPD 56, Grüne 39 sowie FDP und AfD jeweils 12 Sitze. Nach dem Ausschluss eines Fraktionsmitglieds im September hat die AfD aktuell 11 Sitze.

Die bisherige schwarz-gelbe Koalition hatte somit keine Mehrheit mehr, für Rot-Grün reichte es ebenfalls nicht. Nach Sondierungsgesprächen traten CDU und Grüne in Koalitionsverhandlungen ein. Den Koalitionsvertrag präsentierten sie am 23. Juni.

Zweieinhalb Wochen nach der Wahl nahm der 18. nordrhein-westfälische Landtag seine Arbeit auf. Zu seinen ersten Aufgaben gehörte die Wahl des Präsidiums. Traditionell schlägt die stärkste Fraktion im Landtag dessen Präsidentin oder Präsidenten vor. Die CDU-Fraktion nominierte

den bisherigen Präsidenten André Kuper vor. Für ihn stimmten 178 der 195 Abgeordneten. Das Land stehe vor großen Herausforderungen, sagte Kuper: „Die großen Fragen unserer Zeit sind auch die Fragen dieses Parlaments: Klimawandel und Energiewende, der Schutz der Kinder, der Krieg in Europa und die Inflation. Die Zeitenwende und die Folgen des Ukrainekriegs treffen jeden Einzelnen und jede Einzelne in Nordrhein-Westfalen; sei es beim Einkauf, beim Tanken, beim Heizen. In der jetzt begonnenen Wahlperiode gilt mehr denn je: Demokratie ist unsere Aufgabe, Frieden unsere Verpflichtung.“

Zum 1. Vizepräsidenten wählten die Abgeordneten Rainer Schmelzer (SPD, 152 Stim-



Das neugewählte Präsidium: Landtagspräsident André Kuper (2.v.r.) mit Vizepräsidentin Berivan Aymaz sowie den Vizepräsidenten Christof Rasche (l.) und Rainer Schmelzer



Ministerpräsident Hendrik Wüst (links) stellte das neue Kabinett vor.



hat gewählt

men). Berivan Aymaz (Grüne, 170 Stimmen) wurde 2. Vizepräsidentin, Christof Rasche (FDP, 161 Stimmen) 3. Vizepräsident.

Ministerpräsident gewählt

Am 28. Juni wählte der Landtag Hendrik Wüst (CDU) zum Ministerpräsidenten. Der 46-Jährige aus dem Münsterland, der das Amt seit Oktober 2021 inne hat, erhielt 106 von insgesamt 181 Stimmen. Wüst führt die erste schwarz-grüne Landesregierung in der Geschichte des bevölkerungsreichsten Bundeslandes an. „Der Schutz unseres Klimas, die Bewahrung der Schöpfung sind die größten Aufgaben unserer Zeit“, sagte Wüst. Gleichzeitig müssten Wohlstand, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit garantiert werden. Die Landesregierung werde „bei allen notwendigen Anstrengungen immer auch das Soziale mitdenken“.

zab



Hendrik Wüst unmittelbar nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten.

Die Spitzenkandidaten Markus Wagner (AfD, v.l.), Dr. Joachim Stamp (FDP), Thomas Kutschaty (SPD), Hendrik Wüst (CDU) und Mona Neubaur (Grüne) stellten sich am Wahlabend im ZDF-Studio den Fragen der Moderatorinnen.



Die Abgeordneten des Landtags applaudierten der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Shum. Die Diplomatin hatte sowohl die Sondersitzung am 9. März 2022 als auch die Debatte über die Ukraine-Resolution am 23. März 2022 von der Besuchertribüne aus verfolgt.

Krieg in der Ukraine

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann am 24. Februar 2022. Schnell war klar: Die Folgen würden auch in Nordrhein-Westfalen zu spüren sein.

In einer Sondersitzung am 9. März 2022 stellte sich der Landtag an die Seite der Ukraine und versicherte dem Land seine Solidarität. Abgeordnete aller Fraktionen verurteilten den russischen Angriffskrieg.

Am 23. März 2022 verabschiedete der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen eine Resolution, in der er sich erneut solidarisch an die Seite der ukrainischen Bevölkerung stellte. In der Resolution wurde der Tag des russischen Angriffs als „einer der dunkelsten Tage in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien“ bezeichnet.

Der Landtag befasste sich in weiteren Plenarsitzungen mit dem Krieg in der Ukraine, mit mutmaßlichen Kriegsverbrechen Russ-

lands und dem Leid der Bevölkerung – aber auch mit der großen Hilfsbereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen. In Aktuellen Stunden debattierten die Abgeordneten über gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise als Folgen des Kriegs und die Aufnahme geflüchteter Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Die Auswirkungen des Kriegs waren auch Thema in den Beratungen zum Etat für das Jahr 2023. Der erste Entwurf von Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU), der sogenannte Basishaushalt, sah Ausgaben in Höhe von 93,4 Milliarden Euro vor. Am 8. November 2022 beschloss die Landesregierung eine Ergänzungsvorlage, mit der laut Minister dem Finanzierungsanteil Nordrhein-Westfalens am Entlastungspaket III sowie der zwischenzeitlich erfolgten Herbst-Steuerschätzung Rechnung getragen wird. Am 20. Dezember verabschiedete der Landtag den Etat mit einem Volumen von 94,7 Milliarden Euro.

zab

Die weiteren Themen des Jahres



Januar Die sehr ansteckende Omikron-Variante des Corona-Virus sorgt für immer neue Höchstwerte bei den Infektionszahlen. Bund und Länder wollen daher an den bisherigen Schutzmaßnahmen festhalten und zunächst keine Lockerungen beschließen. Nach einer Unterrichtung durch Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) debattiert der Landtag über die Lage. In Aktuellen Stunden geht es um eine Priorisierung bei PCR-Tests und Konsequenzen für die Schulen sowie den Kiesabbau am Niederrhein. Der Landtag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus und setzt ein Zeichen gegen Antisemitismus. Anlass ist der 77. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch sowjetische Truppen.

Februar Die Länder haben sich mit dem Bund auf schrittweise Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen verständigt. Über die konkrete Umsetzung der Beschlüsse in Nordrhein-Westfalen debattiert der Landtag nach einer Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten. Der mögliche Wegfall der Zulassungsbeschränkungen fürs Lehramtsstudium ist Thema einer Aktuellen Stunde. Trauer um den langjährigen früheren Landtags-Vizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose: Der CDU-Politiker war am 7. Februar im Alter von 86 Jahren gestorben. Das Plenum beschließt die Gründung einer

„Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen wird einstimmig angenommen. Die Stiftung soll einen Fonds verwalten, aus dem Opfer von Gewalttaten finanzielle Leistungen erhalten können.

März Der Landtag debattiert in einer Aktuellen Stunde über häusliche Gewalt. „Wie viel Satire verträgt die Demokratie?“ – Unter diese Leitfrage hat der Präsident des Landtags, André Kuper, das 11. Parlamentsgespräch gestellt. Es diskutieren u. a. der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Bundesminister Peer Steinbrück sowie die Direktorin des Grimme-Instituts, Dr. Frauke Gerlach. Pia Krajewski erhält als erste den „Kunstpreis des Landtags Nordrhein-Westfalen“.

April Der Landtag verabschiedet einstimmig ein neues Kinderschutzgesetz. In einer Aktuellen Stunde diskutieren die Abgeordneten über die Finanzsituation nordrhein-westfälischer Kommunen.

Mai Nordrhein-Westfalen wählt einen neuen Landtag. Im Vorfeld beteiligen sich mehr als 150.000 Schülerinnen und Schüler an 807 Schulen an der „Juniorwahl“ im bevölkerungsreichsten Bundesland – ein Rekord.

Juni Zur weiteren Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe im Juli vergangenen Jahres setzt der Landtag auch in der 18. Wahlperiode einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein. Die Fach- und Unterausschüsse werden ebenfalls eingesetzt.

Juli Nordrhein-Westfalen übernimmt den Vorsitz der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestags und des Bundesrats. Die Konferenz koordiniert die Interessen der deutschen Parlamente. Während der Sommerferien bietet der Landtag Kunstführungen im Außenbereich des Parlamentsgebäudes an.

August Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) gibt die erste Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl ab. Es folgt eine kontroverse Debatte. Der Landtag gedenkt des früheren russischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers Michail Gorbatschow. Gorbatschow ist am 30. August im Alter von 91 Jahren gestorben. Der Präsident des Landtags, André Kuper, würdigt ihn als großen Staatsmann, dem Deutschland seine Einheit zu verdanken habe.

September Mit einem Nachtragshaushalt für 2022 will die Landesregierung von CDU und Grünen erste Schwerpunkte setzen. Die Ausgaben steigen von bisher geplanten 87,5 auf



88,4 Milliarden Euro. Der Entwurf sieht weiterhin keine Aufnahme neuer Schulden vor. Der Landtag trauert um Queen Elizabeth II. Die Monarchin ist am 8. September im Alter von 96 Jahren auf ihrem Landsitz Balmoral in Schottland gestorben. In der Wandelhalle des Landtags wird ein Kondolenzbuch ausgelegt. Nordrhein-Westfalen und Großbritannien sind seit der Landesgründung 1946 eng und freundschaftlich verbunden. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend setzt auch in der neuen Wahlperiode eine Kinderschutzkommission ein.

Oktober Der Verfassungsgerichtshof für Nordrhein-Westfalen besteht seit 70 Jahren. Das Jubiläum wird mit einem Festakt im Plenarsaal gefeiert. 192 Teilnehmerinnen und Teilnehmer machen beim 12. Jugendlandtag mit. Drei Tage lang übernehmen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 20 Jahren die Plätze der „echten“ Abgeordneten, debattieren und stimmen ab.

November

Der Landtag berät den Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2023 in 1. Lesung. Der Nachtragsetat für 2022 wird mit den Stimmen von CDU und Grünen verabschiedet. In einer Aktuellen Stunde debattieren die Abgeordneten über den Anschlag auf das ehemalige Rabbinerhaus an der Alten Synagoge in Essen. Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag setzt

der Landtag ein Zeichen für den Schutz jüdischen Lebens in Nordrhein-Westfalen. In weiteren Aktuellen Stunden geht es um Entlastungen in der Energiekrise sowie den geplanten und später von der Bundesregierung untersagten Verkauf eines Dortmunder Chipherstellers an ein Unternehmen mit Sitz in Schweden, das zu einem chinesischen IT-Konzern gehört. Die Abgeordneten beraten zudem über Probleme im öffentlichen Nahverkehr und das sogenannte Bürgergeld. Landtagspräsident André Kuper empfängt den neuen Botschafter der Ukraine, Oleksii Makeiev. Im „Parlamentsgespräch“ geht es um die Frage, ob Deutschland angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ein „Winter der Extreme(n)“ bevorsteht. Mit einer Schweigeminute gedenkt der Landtag der am 30. Oktober im Alter von 79 Jahren verstorbenen Mevlüde Genç. Sie hatte bei dem rechtsextremistischen Brandanschlag auf das Haus der Familie in Solingen am 29. Mai 1993 zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte verloren. 17 Familienmitglieder wurden zum Teil schwer verletzt. Präsident Kuper würdigt ihr Wirken für Frieden und Versöhnung.

Dezember Die Etatberatungen bestimmen den Dezember. Im Plenum und in den Fachausschüssen geht es um den Haushalt 2023 sowie den zweiten Nachtragshaushalt für 2022. Der Haushalt 2023 wird am 20. Dezember mit den Stimmen von CDU und Grünen verabschiedet (Seiten 4 und 5). Die für Mittwoch, 7. Dezember, angesetzte Plenarsitzung mit der zweiten

Lesung des Haushaltsplans für 2023 inklusive aller Einzelpläne geht als bisher längste Plenarsitzung in die Geschichte des nordrhein-westfälischen Landtags ein: Sie endet nach mehr als 15 Stunden am Donnerstag um 1.47 Uhr. Der bisherige „Rekord“, aufgestellt im April 2022, wurde damit übertroffen. Die Sitzung damals begann am 6. April um 10.06 Uhr und endete am Folgetag um 1.10 Uhr – also nach 15 Stunden und 4 Minuten.

zab

Die Arbeit der Abgeordneten

Plenum

Plenarsitzungen	34
Davon Sondersitzungen	3
Behandelte Tagesordnungspunkte	rund 450
Aktuelle Stunden	18
Eingebrachte Gesetzentwürfe	47
Beschlossene Gesetze	54

Ausschüsse

Gesamtzahl der Sitzungen	260
Davon Sachverständigenanhörungen	43

Anfragen

Kleine Anfragen	1.185 (bis 15. Dez.)
Mündliche Anfragen	24
Große Anfragen	5

Drucksachen

Gesamtzahl	3.084 (bis 15. Dez.)
------------	----------------------

Stand: 20. Dezember 2022

In der Statistik für das Jahr 2022 sind die Zahlen der 17. und 18. Wahlperiode berücksichtigt. Die 18. Wahlperiode begann mit der konstituierenden Plenarsitzung am 1. Juni 2022.



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Zukunftscoalition stärkt Familien, Sport, Sicherheit und Nachhaltigkeit

Wir wollen mit der schwarz-grünen Zukunftscoalition auch in einem Haushaltsjahr der Krise daran arbeiten, NRW kinder- und familienfreundlicher, sicherer, moderner und nachhaltiger zu machen. Deshalb haben wir als Fraktionen mit Änderungsanträgen zur dritten Lesung des Haushalts für 2023 eigene Schwerpunkte gesetzt und mit insgesamt 76 Millionen Euro Projekte rund um Kinder, Familie, Sport, Ehrenamt, Verkehrswende und Kriminalitätsbekämpfung angestoßen.

Mit fünf Millionen Euro zusätzlich stärken wir die Sportförderung und insbesondere den Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen“. Wir investieren drei Millionen Euro in Kinderschutz-Fortbildungen an Kitas, eine zusätzliche Million Euro in die geförderte Familienerholung sowie vier

Millionen Euro in 1.600 Ferienfreizeiten der Jugendverbände. Damit Künstliche Intelligenz im Kampf gegen Kindesmissbrauch weiterentwickelt werden kann, stellen wir als Fraktionen eine Million Euro extra zur Verfügung. Darüber hinaus stecken wir zusätzliche Mittel in die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sowie in die Beratung und Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Mit zusätzlichem Geld für nachhaltige Verkehrsprojekte von der Schiene bis zum Radweg hat die Förderung hier jetzt ein Volumen von rund 40 Millionen Euro. Und: Ein neues Landesprogramm „Biologische Vielfalt“ soll uns im Kampf gegen das Artensterben helfen – fünf Millionen Euro haben wir dafür bereitgestellt. Derzeit haben unter anderem kleine landwirtschaftliche Betriebe es schwer, sind

aber für unsere hochwertige und sichere Lebensmittelversorgung essenziell. Deshalb unterstützen wir mit einer weiteren Million Euro die Einführung eines „Sofortprogramms bäuerliche Landwirtschaft“. Auch für Geothermie, Meistergründungsprämie, private Denkmalpflege und Forschung stocken wir die Mittel im Haushalt auf. Die Änderungen sind durch Umschichtungen gegenfinanziert, so dass das Volumen des Landeshaushalts nicht weiter wächst.



Der Armut in Nordrhein-Westfalen den Kampf ansagen

Die Ergebnisse des Paritätischen Armutsberichts 2022 erschrecken: Nordrhein-Westfalen hat mit 18,7 Prozent eine der höchsten Armutsquoten in Deutschland und liegt auf Platz 5 aller Bundesländer. Jeder fünfte Mensch in NRW ist von Armut betroffen – darunter vor allem Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsgeschichte, Kinder und Jugendliche. In kaum einem anderen Bundesland ist die Armut zuletzt so stark gestiegen wie hier (+6,2 Prozent).

Wir brauchen eine sozialpolitische Antwort auf die Herausforderung Armut und wollen Menschen dazu befähigen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Dabei gilt es, das Problem an der Wurzel anzugehen und die Ursachen von Armut zu beseitigen. So sind Bildung und Arbeit nach wie vor das wirksamste

Mittel gegen Armut. Mit dem Bürgergeld und der Erhöhung des Mindestlohns hat die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsvermeidung geleistet. Doch auch in NRW braucht es strukturelle Veränderungen, um Menschen davor zu bewahren, in armen Verhältnissen zu leben.

Ob Familienzentrum, Seniorenheim oder interkulturelles Zentrum – sie alle tragen einen wichtigen Teil zu unserem Sozialsystem bei. Wir wollen diese Einrichtungen finanziell absichern, damit sie ihre unterstützenden Angebote aufrechterhalten können. Wir fordern außerdem Unterstützung für Familien, die von Armut bedroht sind: unter anderem mit kostenfreien Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen, mit einer Gebührenfreiheit für Kitas und den offenen Ganztags sowie einer

ausreichenden Anzahl an Plätzen in diesen Einrichtungen. Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, eine Ausbildungsplatzgarantie sowie mehr Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf – das alles kann dabei helfen, Armut zu vermeiden. Auch finanzschwache Kommunen brauchen den Spielraum, um konsequent gegen Armut vorzugehen. Wir setzen uns daher weiterhin für eine Lösung für die Altschulden von Kommunen ein.



Windenergie-Weihnachtspaket

Als schwarz-grüne Koalition bringen wir mit einem Gesetzentwurf und einem begleitenden Antrag neuen Schwung in die Energiewende und beschleunigen den Windenergieausbau. Denn Windenergie ist das Zugpferd der Energiewende.

Mit unserem Windenergie-Weihnachtspaket schaffen wir den pauschalen Mindestabstand zu Wohnhäusern sowohl für alle Gemeinden mit rechtskräftigen Konzentrationszonen für die Windenergie – also Gebieten, in denen Windenergieanlagen vorrangig errichtet werden sollen – als auch für das Repowering von Windenergieanlagen im ganzen Land ab. Re-



Michael Röls (GRÜNE) bei der Pressekonferenz zum Windenergieausbau

powering bedeutet, dass an vorhandenen Standorten alte Windenergieanlagen durch leistungsfähigere, leisere Windräder ersetzt werden. Im Ergebnis heißt das: Dieselbe Anzahl von Anlagen erzeugt mehr grünen Strom. Vorteil des Repowerings sind zudem deutlich kürzere Genehmigungszeiträume als beim Neubau von Windenergieanlagen. So ermöglichen wir zeitnah die Modernisierung zusätzlicher Anlagen. Dies ist ein kurzfristiger Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Mit einem begleitenden Antrag beauftragen wir die Landesregierung zudem, Windenergieanlagen auch auf Nadelwaldflächen sowie be-

schädigten Waldflächen – verursacht durch Dürre, Stürme und Borkenkäfer – zu ermöglichen. Darüber hinaus stellen wir sicher, dass Kommunen beim Ausbau der Windenergie bestmöglich unterstützt, ihre jeweiligen Potenziale genutzt werden und der Ausbau der Windenergie auch auf landeseigenen Flächen kräftig vorangeht. Denn der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist nicht nur aus Klimaschutzgründen nötig, er ist auch eine Frage der Unabhängigkeit von fossilen Energien und autoritären Regimen und damit der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.



Neues Positionspapier: ARD und ZDF fusionieren – Rundfunkbeitrag halbieren bis 2027

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zahlen europaweit den mit Abstand höchsten Beitrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (kurz ÖRR). Die FDP-Landtagsfraktion sieht großen Reformbedarf und möchte den ÖRR schlanker, effizienter und zukunftsfester ausrichten. Der Vorsitzende Henning Höne erklärt zum neuen Positionspapier der FDP-Landtagsfraktion: „Wir achten die immense Bedeutung des ÖRR für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Sein verfassungsgemäßer Auftrag ist jedoch kein Freibrief für ein immer weiter ausuferndes Programmangebot.“

ARD und ZDF sollten zusammengelegt werden. So kann ein deutschlandweites Fernseh-Vollprogramm geschaffen werden, in dem es hinreichend Platz für landesspezifische und regionale Fenster gibt. Teure Unterhaltungs-

sendungen und Spielshows sollen auf ein Minimum begrenzt werden. Im Programm soll vielmehr der Fokus auf Information, Bildung und Kultur liegen. Die Gehaltsstrukturen sollen transparent und bundesweit einheitlich sein; Top-Gehälter angemessen gedeckelt werden. Durch diese und weitere Maßnahmen könnte der Rundfunkbeitrag bis zum Jahr 2027 halbiert werden. „Wir wollen, dass der Beitrag sinkt. Der ÖRR muss sein Angebot fokussieren und sich ef-



Henning Höne (FDP)

fizienter aufstellen. So kann der ÖRR gestärkt zu seinem Kernauftrag zurückkehren“, so Höne. Die Umstrukturierung hätte keine nachhaltigen Auswirkungen auf die Medienvielfalt, aber positive Effekte auf die Programmakzeptanz der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler.



Wir brauchen die Legislaturperiode der Kindergesundheit!



Dr. Martin Vincentz (AfD)

Von Beginn der Corona-Maßnahmen an warnte die AfD vor den Folgen für Kinder und Jugendliche. Es sei absolut unzweifelhaft, dass die mentale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen gelitten habe, sagt auch Christian Dohna-Schwake, leitender Oberarzt der pädiatrischen Intensivmedizin am Universitätsklinikum Essen. Heute wissen wir dank seiner Forschung: Allein während des zweiten Lockdowns gab es fast eine Verdreifachung der Suizidversuche bei Jungen und Mädchen. Hinzu kommt, dass Angststörungen, Depressionen und Essstörungen in dieser Gruppe laut Studien um das 2- bis 2,5-Fache zugenommen haben.

Es handelt sich um ein ernstzunehmendes Problem, das man nicht politisch korrekt schönfärben darf: Die Regierung hat mit ihrer Wegsperr- und Angstpolitik dafür gesorgt, dass sich

mehr junge Leute das Leben nahmen, nehmen wollten oder schwer psychisch erkrankten.

Hat die Regierung aus den Fakten gelernt? Leider nein. Unser AfD-Antrag, die dramatische Krise und die chronische Unterfinanzierung der Kinderkliniken mit einem Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 150 Millionen Euro zu bekämpfen, wurde abgelehnt. Ihre eigene Kleinigkeit scheint für die Etablierten schwerer zu wiegen als die Lösung eines virulenten Problems. Wir brauchen aber keine kleinkarierten parteitaktischen Spielchen, wir brauchen eine Legislaturperiode der Kindergesundheit.



NRW-Pressefoto 2022 – Landtags

6. Dezember 2022 – Die Auseinandersetzung um den Braunkohleabbau, der Klimawandel und die Folgen für Nordrhein-Westfalen, die Landtagswahl im Mai, der Krieg in der Ukraine: Die Themen des bewegten Jahres 2022 waren auch die des Wettbewerbs „NRW-Pressefoto“. Anfang Dezember ehrte der Präsident des Landtags, André Kuper, die Siegerin und die Sieger.

Platz eins beim mittlerweile fünften Wettbewerb belegte die Krefelder Fotografin Barbara Schnell. Ihr in der Frankfurter Rundschau erschienenes Foto mit dem Titel „Unbeirrbar“ überzeugte die Jury: Es zeigt einen Aktivistin, der vor einem Braunkohlebagger im Tagebau Garzweiler kniet.

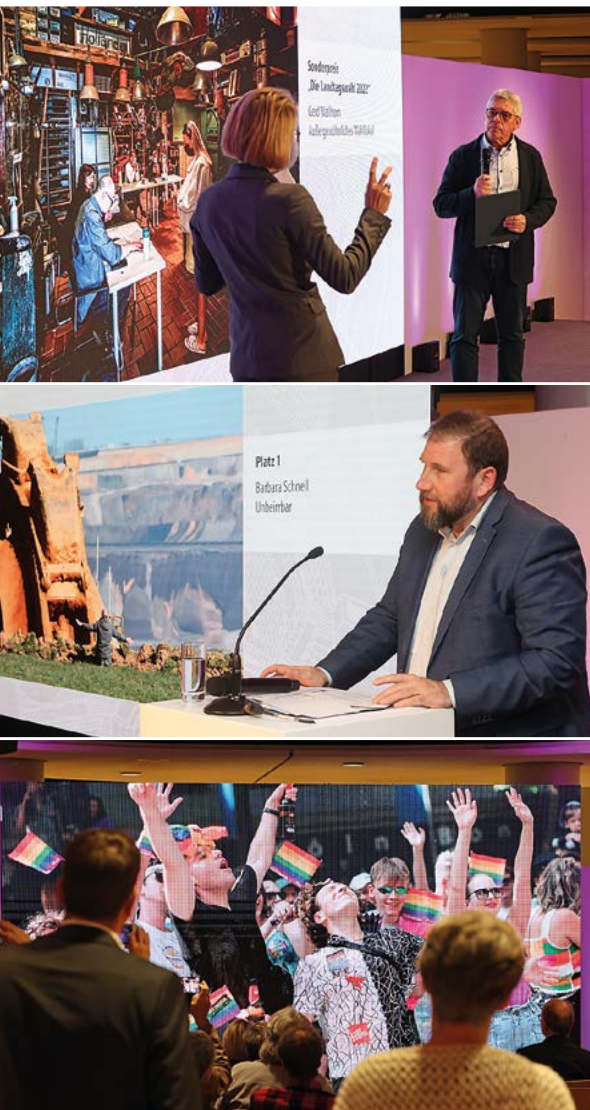
Waldbrand und Dürre

Platz zwei ging in diesem Jahr an Ralf Rottmann (Funke Medien). Er fotografierte einen Förster, der auf eine durch einen Waldbrand zerstörte

Fläche bei Lüdenscheid schaut. Platz drei belegte Benjamin Westhoff, der für die Nachrichtenagentur Thomson Reuters ebenfalls eine Folge des Klimawandels fotografierte: den Rhein bei Bonn, in dessen ausgetrocknetem Flussbett ein Einkaufswagen zu sehen ist.

Der Sonderpreis war dieses Mal zum Thema „Landtagswahl“ ausgelobt worden. Ausgezeichnet wurde Gerd Wallhorn für sein Foto eines außergewöhnlichen Wahllokals – in einem Antiquitätengeschäft in Oberhausen (Westdeutsche Allgemeine Zeitung).

Über den Nachwuchspreis stimmten in einer Publikumswahl mehr als 1.200 Personen ab und wählten ein Foto von Daniel Schröder, der für den Soester Anzeiger den Brand eines Bauernhofs und die geretteten Tiere fotografiert hatte. Die Jury hatte zuvor zwei Bilder



wahl, Braunkohleabbau, Klimawandel

ausgewählt, zwischen denen die Öffentlichkeit abstimmen konnte.

22.000 Euro vergeben

Insgesamt hatten 66 Fotografinnen und Fotografen aus Nordrhein-Westfalen 226 Bilder eingereicht. Mehr als 30 davon werden bis 19. Januar 2023 mit den Siegerbildern in einer Ausstellung im Landtag gezeigt. Mit Unterstützung der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales

der Sparda-Bank West wurden Preisgelder in Höhe von 22.000 Euro vergeben.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Gute Bilder erzählen eine Geschichte, umfassen oft ganze Lebenswelten und sind bleibende Kommentare zu unserer Gegenwart. Die Fotos des NRW-Pressefotos erzählen die Geschichte unseres Landes im Jahr 2022. Sie sind ein Jahresrückblick auf die Themen und Ereignisse, die uns in den zurückliegenden Monaten beschäftigten und bewegten, er-

freuten oder besorgten. Die Botschaften, die mit den Fotos verbunden sind, erreichen uns ganz ohne Sprache einzig über unsere Augen. Ein gutes Bild sagt mehr als tausend Worte. Der Landtag würdigt die Pressefotografie als eigenes Medium. Ein Medium, das Aufmerksamkeit verdient.“ *red*

Ein Video zur Preisverleihung finden Sie unter www.landtag.nrw.de/Mediathek/Videoportal



Der Präsident des Landtags, André Kuper (3. v. r.), zeichnete aus: (v. l.) Daniel Schröder, Gerd Wallhorn, Barbara Schnell, Ralf Rottmann und Benjamin Westhoff.

Landtag zeichnet Ehrenamt aus

5. Dezember 2022 – Rund sechs Millionen Menschen engagieren sich allein in Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich. Ob für Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren oder Geflüchtete: Sie alle schenken anderen ihre Zeit. Ihr Einsatz stärkt zugleich alle, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Vom kommenden Jahr an ehrt der Landtag diesen Einsatz mit der Ehrenamtsmedaille.

Den Startschuss für die Ehrung gab der Präsident des Landtags, André Kuper, am 5. Dezember – dem „Internationalen Tag des Ehrenamts“. Der Präsident nannte die Ehrenamtlichen „die guten Seelen der Gesellschaft“. Ihre Leistung verdiene Anerkennung und Ehrung. Der Präsident betonte: „Das Ehrenamt hält Nordrhein-Westfalen zusammen. Besonders engagierte Menschen und Gruppen ehrt der Landtag mit der Ehrenamtsmedaille. Wir würdigen herausragende Leistungen und motivieren alle, die sich für unsere Gesellschaft einbringen.“

Bewerbungsfrist endet im Mai 2023

Die Ehrenamtsmedaille ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Sie kann an mehrere Personen und gesellschaftliche Gruppen verliehen werden. Das Preisgeld soll zweckgebunden für die Förderung des prämierten Engagements und dessen Fortbestand eingesetzt werden.

Vorschlagsberechtigt gegenüber dem Präsidenten sind die Mitglieder des Landtags. Aber auch Vorschläge aus der Mitte der Gesellschaft

sind möglich. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Mai 2023.

Eine Jury aus dem Präsidium des Landtags und Mitgliedern des Netzwerks bürgerschaftliches Engagements NRW entscheidet über die Auswahl der zu ehrenden Personen oder Gruppen. Die Verleihung der Ehrenamtsmedaille findet einmal im Jahr bei einer Festveranstaltung rund um den Jahrestag der ersten Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 2. Oktober 1946 oder aus besonderem Anlass an einem anderen Termin statt. *red*

Mehr Informationen unter: <https://lt.nrw/ehrenamt>

Die Mitglieder der Jury

Der Präsident des Landtags, André Kuper, 1. Vizepräsident Rainer Schmelzter, 2. Vizepräsidentin Berivan Aymaz, 3. Vizepräsident Christof Rasche, Stefan Ast, NRW-Stiftung, Jochen Beuckers, Netzwerk Engagierte Stadt, Stephanie Krause, lagfa NRW, Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Nordrhein-Westfalen.



Porträt: Vizepräsident Christof Rasche (FDP)



In einer knappen Stunde beginnt der Verkehrsausschuss und Christof Rasche muss sich noch „verkleiden“. So nennt er das, wenn er Anzug, Hemd und Krawatte für offizielle Termine aus seinem Büroschrank holt und anzieht. Jetzt sitzt er aber noch mit Jeans und olivgrünem Pullover an seinem Schreibtisch, hinter dem die Flaggen Nordrhein-Westfalens, Deutschlands und Europas aufgestellt sind. Rasche ist Vizepräsident des Landtags.

Im Gespräch berichtet er, wie sein großer Bruder ihn 1983 in die FDP holte, obwohl sein Vater damals bereits 20 Jahre lang als CDU-Vorsitzender und Bürgermeister in seiner Heimatstadt Erwitte Politik machte. „Große Brüder sind eben oft Vorbilder“, sagt Rasche. In seiner Familie sei nicht das Parteibuch entscheidend gewesen, sondern dass man sich gesellschaftlich engagiert: im Schützen- oder Sportverein, in der Kommunalpolitik.

Seit 1994 ist Christof Rasche Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion in Erwitte. Obwohl er seit 22 Jahren im Landtag sitzt, ist er in der Kommunalpolitik immer aktiv geblieben: „Die Menschen sehen im Fernsehen viel über Weltpolitik, spüren in ihrem Alltag Kommunalpolitik – die Landespolitik verschwindet dazwischen ein bisschen“, sagt er. Dabei seien Themen wie Schule, Polizei oder Verkehr und Gesundheit Bereiche, die Menschen ganz unmittelbar berührt: „Dafür müssen wir wieder stärker werben und rausgehen, es den Menschen erklären.“

Es war der damalige FDP-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann, der ihn einst in die Landespolitik holte: Nachdem Rasche in Erwitte bei der Kommunalwahl 1999 mit 18 Prozent das beste Ergebnis landesweit für die FDP einfuhr, sollte er nach Wunsch von Möllemann auch im Land Stimmen für die Liberalen sammeln. Doch dazu musste Rasche einen guten Listenplatz ergattern, sich auf der Landesdelegiertenversammlung als Außenseiter durchsetzen. „Vielleicht war das mein großer Vorteil.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Christof Rasche, 3. Vizepräsident des Landtags. Der 60-jährige FDP-Politiker aus Erwitte wurde Anfang Juni ins Parlamentspräsidium gewählt.

Ich bin da nicht als große Nummer aufgetreten, sondern als Greenhorn, das sagen konnte: ‚Ich bin einer von euch.‘ Das hat funktioniert.“

Schon 2002 kam Rasche in den Fraktionsvorstand, 2012 wurde er Parlamentarischer Geschäftsführer. Sein politisches Credo: „Man sollte immer respektvoll miteinander umgehen. In der Sache kann man streiten, aber nicht persönlich.“ Starre Parteigrenzen sind seine Sache nicht: „Ich könnte auch in einer SPD von Peer Steinbrück oder einer wirtschaftsnahen CDU sein“, sagt der Liberale. Auch wenn er sich in der FDP „pudelwohl“ fühlt, mag er das starre Denken in Parteigrenzen nicht. Wohl auch deshalb ist ihm die Zeit der Minderheitsregierung unter SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in guter Erinnerung. Das ständige Ringen um Mehrheiten in der Sache hat ihm gefallen. „Das war ein völlig neuer Umgang miteinander“, erinnert er sich.

„Schöne und intensive Zeit“

Dennoch stand er 2012 vor der schwierigen Entscheidung, den vorgelegten Haushalt, der eine hohe Neuverschuldung vorsah, abzulehnen (wie es die politische Überzeugung der FDP verlangt habe) oder durchzuwinken (was das politische Überleben der Koalition bedeutet hätte). Innerhalb einer Viertelstunde entschieden sich Rasche und seine Kolleginnen und Kollegen gegen den Haushalt und damit für Neuwahlen.

Gemeinsam mit dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner kämpfte der Erwitter sich und die Liberalen 2017 in die Landesregierung – mit einer Stimme Mehrheit für eine schwarz-gelbe Koalition. Die darauffolgenden fünf Jahre „waren eine schöne und intensive Zeit“, sagt Rasche, in der Zeit FDP-Fraktionschef, im Rückblick. Doch auch in seinem neuen Amt als Vizepräsident des Landtags fühlt er sich wohl: „Das Werben für Demokratie ist schon immer Teil meines politischen Engagements gewesen“, sagt er. „Wenn man sieht, dass nur ein Prozent der Deutschen ein Parteibuch haben und davon die meisten auch nur passive Mitglieder sind, dann müssen wir dringend dafür sorgen, dass die Politik in der Breite größere Akzeptanz findet.“

Ein Schlüssel dafür ist für Rasche der faire Umgang miteinander. Das kennt er aus dem

Sport: 30 Jahre spielte Rasche Handball. „Da lernt man Respekt, Teamgeist und ein gutes Zweikampfverhalten.“ Was ihn ebenfalls prägt: ein ständiger Wechsel zwischen Stadt- und Landleben. „An Düsseldorf mag ich den Krach, die tollen Lokale und Konzerte“, sagt er. Aber dann freut er sich, auch wieder nach Hause in die Region Lippstadt zu kommen: „Da sind die Menschen, die mich lange begleitet haben, da ist viel Ruhe und das italienische Restaurant, in das man einfach immer geht und bekannt ist. Zuhause eben.“

Maike von Galen

Zur Person

Christof Rasche wurde 1962 in Erwitte (Kreis Soest) geboren. Nach der Mittleren Reife absolvierte er eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Von Mai 2012 bis Oktober 2017 war er Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, von Oktober 2017 bis Mai 2022 deren Vorsitzender. Seit 2021 ist er Mitglied im FDP-Bundesvorstand. Rasche ist seit Juni 2000 Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags und seit Juni 2022 Vizepräsident.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Life Changer – Zukunft made in Germany: Wie moderner Erfindergeist unser Leben verändert und den Planeten rettet“ von Christoph Keese, da hier der Zukunft optimistisch entgegengetreten wird.

Welche Musik hören Sie gerne?

Das ist unterschiedlich: Beim Skifahren im Skiurlaub Après-Ski-Hits, bei einer Party gerne Aktuelles oder Schlager. In einer ruhigen Phase gerne Oldies wie „You raise me up“ von den Thomas-Schwestern – das habe ich gerade aktuell im Ohr.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Käse, Obst, Lachs, Nudeln und Wein – vorzugsweise für einen entspannten Abend.

Ihr liebstes Reiseziel?

Ich mag den Wintersport in Corvara oder im Berchtesgadener Land, Städte wie Hamburg und München sind sehr reizvoll. Im Sommer ist es der eigene Garten.

Kurz notiert

Staffelübergabe

Thomas Dautzenberg (Bild l.) wird neuer Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen. Der 47-Jährige folgt auf Dorothee Zwiffelhoffer, die in den Ruhestand wechselt. Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte beide zur Staffelübergabe im Parlament. Dautzenberg war zuvor Abteilungsleiter im Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Der Direktor ist Ständiger Vertreter des Präsidenten in der rund 300 Mitarbeitende umfassenden Landtagsverwaltung.



Foto: Schälte

Ukraine

Noch bis 13. Januar 2023 zeigt der Landtag Bilder der ukrainischen Künstlerin Anna Movenk. Sie hat 21 Frauen, Männer und Kinder aus der Region Kiew porträtiert und erzählt ihre aufwühlenden Geschichten des Krieges. Darunter sind zwei freiwillige Sanitäterinnen, die in russischer Kriegsgefangenschaft waren. Die Ausstellung ist zusammen mit dem gemeinnützigen Verein Blau-Gelbes Kreuz entstanden. Der Verein unterstützt seit 2014 die Entwicklung einer freien, demokratischen Ukraine und leistet Hilfe für die Opfer des Krieges.

Korrektur

Im Bericht „Ein Zeichen gegen Antisemitismus“ in der Novemberausgabe von Landtag Intern war ein Fehler: Das dazugehörige Foto zeigt einen Chanukka-Leuchter – keine Menora, wie es in der Bildunterschrift versehentlich hieß. Die Menora ist ein siebenarmiger Leuchter, der Chanukka-Leuchter hat acht oder neun Arme.

Gestorben

21.11. Prof. Dr. Stefan Bajohr (Grüne/72)
MdL 1995 – 2000

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 31. Januar 2023. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 27. Januar 2023, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Zeit zwischen den Jahren ist eine besondere Zeit. Das alte Jahr ist noch nicht ganz zu Ende. Das neue Jahr hat noch nicht begonnen und wirft doch schon seine Schatten voraus.

Nach zwei Jahren der Pandemie und nach der schrecklichen Flutkatastrophe 2021 war 2022 ein Jahr, das uns wiederum, wenn auch in ganz anderer Weise, gefordert hat. Der furchtbare Angriffskrieg Russlands versetzt nicht nur die Menschen in der Ukraine in Angst und Schrecken, sondern bringt Leid, Schmerz und Tod über dieses Land; Kälte und Dunkelheit.

Dieser Krieg hat auch Folgen für unser Land: Teuerung und Energieknappheit sind nur zwei Beispiele, die wir alle spüren. Außerdem erleben wir einen zunehmenden Klimawandel.

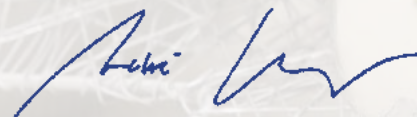
Trotz aller Widrigkeiten gibt es die Bereitschaft zur Hilfe und zum Geben, die von Solidarität und Nächstenliebe bestimmt ist. Dafür möchte ich jenen heute besonders danken, die sich finanziell, ehrenamtlich oder wie auch immer für andere eingebracht und eingesetzt haben. Überall im Land, ja in ganz Deutschland und Europa, sind Menschen bereit, jenen zu helfen, die in der Ukraine, aber auch an anderen Krisenorten dieser Erde, Not leiden. Davon lebt unsere Welt, dass wir unsere Nächsten im Blick haben und für sie etwas tun!

Was kann man sich wünschen zu Beginn dieses neuen Jahres 2023? Dass Frieden komme über Europa! Dass auch an all den anderen Orten der Gewalt, des Unrechts, aber auch des Hungers und der Dürre, die Hoffnung siegt – die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auf eine bessere Welt!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen persönlich und den Menschen, für die Sie Verantwortung empfinden, einen hoffnungsfrohen und friedvollen Start in das Jahr 2023.

Ich grüße Sie herzlich aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen zum Neuen Jahr 2023!

Ihr



André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, mit dem Friedenslicht aus Bethlehem. Pfadfinderinnen und Pfadfinder hatten es als Symbol für Versöhnung und Völkerverständigung nach Düsseldorf gebracht. Foto: Schälte